„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.00
für Ausland $3.50

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier.

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:—
in Canada $2.00
to foreign countries .. $3.50
Offices and pringting plant:
1835 Halifax Street, Regina.

22. Jahrgang. | 12 Seiten. | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 31. Juli 1929. | 12 Seiten. | Nummer 39.

Dr. J. T. M. Anderson beim Leutnant-Gouverneur abgeblitzt

Konservativer Führer verlangte Absetzung der Gardiner-Regierung.

Petition von 35 konservativen, progressiven und unabhängigen Abgeordneten von Hon. Henry W. Newlands abgelehnt.

Dr. Anderson muß sich bis zum Zusammentritt der Saskatchewan-Legislatur am 3. September gedulden.

Regina. — Herr Dr. J. T. M. Anderson, der Führer der Oppositionsgruppen in der Saskatchewan-Legislatur, erschien am Freitag Morgen bei Hon. Henry W. Newlands, dem Leutnant-Gouverneur von Saskatchewan, und überreichte ihm eine Petition, unterzeichnet von 35 konservativen, progressiven und unabhängigen Abgeordneten. „Da Premier Gardiner", so heißt es in dem Bittgesuch, „das Vertrauen der Legislatur nicht besitzt, ersuchen wir Sie, Ihren jetzigen Ratgeber möglichst bald zu entlassen und Dr. J. T. M. Anderson zur Bildung einer neuen Regierung aufzufordern."

Der Inhalt der Petition ist im wesentlichen schon bekannt. Die Unterzeichneten berufen sich auf eine Zusammenkunft der konservativen, progressiven und unabhängigen Abgeordneten am 11. Juni 1929 im Hotel Saskatchewan zu Regina, wobei der Rücktritt der Gardiner-Regierung gefordert wurde. Sie erklären ferner, daß sie alle als Gegner der liberalen Regierung gewählt worden seien, und daß nach ihrer Ansicht die Wählerschaft von Saskatchewan in entschiedener Weise ihre Verurteilung über die Gardiner-Verwaltung ausgesprochen habe. Eidlich bestätigte Abschriften dieser Erklärungen seien Premier Gardiner per eingeschriebenen Brief zugegangen. Die progressiven und unabhängigen Abgeordneten hätten sich bereit gefunden, mit den Konservativen bei Bildung der neuen Regierung zusammenzuwirken, und Dr. J. T. M. Anderson sei als Führer der kooperierenden Gruppen gewählt worden. Premier Gardiner habe sich aber geweigert, seinen Rücktritt zu erklären, sondern angekündigt, die Legislatur möglichst bald einberufen zu lassen, weil das Kabinett der Ueberzeugung sei, daß die verantwortliche Selbstverwaltung eine Entscheidung der Legislatur erfordere, sich nicht aber mit den Beschlüssen von informellen Fraktionssitzungen hinter verschlossenen Türen zufrieden geben könne; die gewählten Volksvertreter sollten auf dem Boden der Legislatur darüber sprechen und abstimmen. 26 liberale Abgeordnete und 35 Oppositionsmitglieder seien am 6. Juni gewählt worden. Selbst wenn die Liberalen bei den verschobenen Wahlen noch zwei Sitze gewinnen würden, seien sie doch geschlagen. Die Einberufung einer Sondersitzung der Legislatur sei unnötig und kostspielig. Daher möge der Leutnant-Gouverneur die Gardiner-Regierung entlassen und Dr. Anderson zur Bildung einer neuen Regierung berufen.

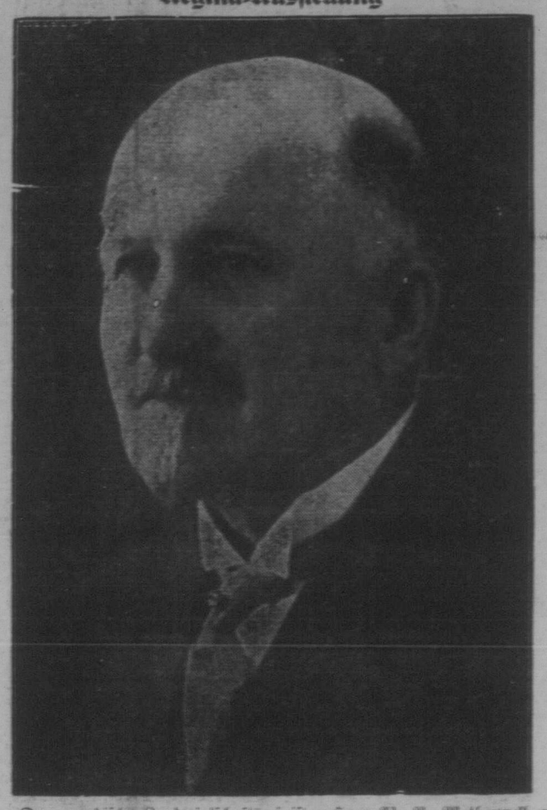
Hon. H. W. Newlands,
Leutnant-Gouverneur von Saskatchewan.

Die Antwort des Leutnant-Gouverneurs.

Leutnant-Gouverneur Newlands gab darauf Herrn Dr. J. T. M. Anderson eine schriftliche Antwort, in der er den Empfang der Petition bestätigt und hervorhebt, daß er die ganze Angelegenheit schon mit Premier Gardiner besprochen habe. Gardiner beanspruche als Führer der stärksten Partei das Recht, die Legislatur einzuberufen und die Abgeordneten über die zukünftige Regierung der Provinz entscheiden zu lassen. Er (nämlich der Leutnant-Gouverneur) habe sich damit einverstanden erklärt mit dem Bemerken, daß die Legislatur möglichst bald einberufen werden möge. Sie werde am 3. September zusammentreten, dem frühesten Datum nach Abhaltung der verschobenen Wahlen.

Gleichzeitig schrieb der Leutnant-Gouverneur auch an Premier J. G. Gardiner, machte ihm von der Petition Mitteilung, die seine Entlassung und die Berufung von Dr. Anderson verlange, und fügte zu seiner Information den Wortlaut der Petition bei.

Landwirtschaftsminister Motherwell eröffnete Regina-Ausstellung



Der canadische Landwirtschaftsminister Hon. W. R. Motherwell eröffnete am Montag nachmittag die Ausstellungs- und Volksfestwoche in Regina. Dasselbe tat er letzte Woche in Saskatoon. Die dortige „Exhibition" war heuer von etwa 10,000 Personen weniger besucht als die letztjährige.

Wieder ein Duchoborzen-Skandal

Deportierung ihres Führers Peter Veregin von Bürgern in Kamsack, Sask., verlangt

Er soll schwerwiegende Drohungen ausgestoßen haben.

Wenn man den Berichten englischer Blätter glauben darf, herrscht in Kamsack, Sask., und Umgebung lebhafte Aufregung über das rührige Leben und Treiben im Lager der russisch-pietistischen Sekte der Duchoborzen, die in der dortigen Gegend sich als Farmer niedergelassen haben. Man hat ihnen wieder einmal einige Schulbrände zur Last gelegt und einen Duchoborzen-Umzug gewaltsam gestört.

Die Duchoborzen, die sich auch „Christliche Gemeinschaft der allgemeinen Brüderlichkeit" oder „Söhne der Freiheit" nennen, sind dafür bekannt, daß sie mit besonderem Nachdruck das Recht der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder verteidigen. Sie befürchten insbesondere, daß durch das englische Schulwesen des Landes eine Entfremdung zwischen Eltern und Kindern hervorgerufen, und daß die Kinder von den alten Sitten und Anschauungen ihrer Sekte abwendig gemacht werden könnten. Sie vertreten ferner gewisse kommunistische Theorien, nach denen sie auch stellenweise noch ein streng geordnetes Gemeinschaftsleben führen, verwerfen Krieg und Waffentragen, leben streng vegetarisch usw. Ihr Führer in Canada ist Peter Veregin jr., der nach dem gewaltsamen Tode des älteren Peter Veregin aus Rußland nach Canada kam, um hier die Leitung zu übernehmen. In der Sekte sollen gewisse Spaltungen eingetreten sein, wodurch die Radikaleren sich von den Gemäßigten schieden.

Peter Veregin begab sich nun nach Konferenzen in Kamsack nach Winnipeg, um dort juristischen Rat darüber einzuholen, nach welchem Gesetz es den Duchoborzen verboten werden könne, ihre Umzüge abzuhalten, wenn sie das wünschten. Er behauptete, die Stadtbehörden hätten kein Recht gehabt, den Wasserschlauch gegen seine Glaubensgenossen zu richten. Wenn das festgestellt sei, würden weitere Umzüge stattfinden. Ferner soll er damit gedroht haben, sie würden mit Stöcken und, wenn notwendig, sogar mit Gewehren kommen und ihre Paraden abhalten, selbst wenn dabei Blut fließen sollte.

Bürger von Kamsack haben nun eine Aufforderung an den canadischen Einwanderungsminister Robert Forke gerichtet, Peter Veregin zu deportieren, da er ein unerwünschter Bewohner Canadas sei.

Nach den letzten Meldungen hat man versucht, das große Gemeinschaftshaus von Peter Veregin in Veregin, Sask., niederzubrennen, doch konnte das Feuer noch rechtzeitig gelöscht werden. Dagegen soll ein Gebäude der Sekte in Kylemore zerstört worden sein.

In einem zur Unterzeichnung in Umlauf gesetzten Dokument der Duchoborzen werden die canadischen Regierungs- und Polizeibeamten beschuldigt, daß sie in der Vergangenheit Angehörige der Sekte mißhandelt und einige sogar zu Tode gequält haben.

Britisch-amerikanische Seerüstungen aufgeschoben

Bluff oder Ernst? — ist die große Frage

MacDonald und Hoover machen sich gegenseitig Komplimente.

London. — Unter Betonung der Ernsthaftigkeit Großbritanniens in seinen Verhandlungen für die Herabsetzung der Marinerüstungen erklärte Ministerpräsident Ramsay MacDonald im Unterhause den Mitgliedern die Entscheidung seiner Regierung definitive Verringerungen im Flottenbau zu machen und das laufende Bauprogramm zu verlangsamen.

Zur Förderung der Entwaffnung und des Friedens plant Herr MacDonald einen Besuch bei Präsident Hoover in Washington im Oktober dieses Jahres.

Der Ministerpräsident erließ die wichtige Ankündigung, daß bei den Vorverhandlungen über die Entwaffnungsfrage nach einer Untersuchung des gesamten Gebietes der englisch-amerikanischen Differenzen das Prinzip der Marine-Gleichheit für beide Länder definitiv angenommen worden sei, und daß die beiden Regierungen eine neue Bewegung zur Lösung der bestehenden Probleme eingeleitet hätten.

In derselben Erklärung des Unterhauses umriß Herr MacDonald den Weg, auf dem seiner Hoffnung nach die jetzigen Verhandlungen in einer allgemeinen Entwaffnungs-Konferenz aller großen Mächte Frucht tragen würden.

Das sofortige Verringerungsprogramm, für das die Arbeiterregierung sich entschlossen hat, wurde wie folgt bekannt gegeben: Einstellung aller Bauarbeiten an den Kreuzern „Surrey" und „Northumberland", Widerruf des Bauvertrages für das Unterseeboot-Begleitschiff „Maidstone", Widerruf der Bauverträge für zwei Unterseeboote, und Verringerung der Arbeiten an allen anderen Marine-Neubauten.

Weiterhin sagte der Ministerpräsident, daß das Jahr 1929-30er Marinebauprogramm nicht begonnen werden würde, bis er weiter beraten worden sei.

Herr MacDonald sagte ferner, daß die Regierung sich darüber klar wäre, daß die Verringerung des Marine-Bauprogramms eine direkte Wirkung auf die Arbeitslage in den Werften haben würde. Er sei erfreut, daß es infolge besonderer Maßnahmen der Admiralität gelungen sei, die Absorbierung eines großen Teiles der Arbeiterschaft zu erreichen, die sonst von den königlichen Werften entlassen werden würde. Vertreter der Werften und der Arbeiterschaft würden sofort zur Mitarbeit herangezogen werden.

Auch Amerika schiebt Programm für Kreuzerbau auf.

Washington. — In sofortiger Antwort auf die Erklärung von Ministerpräsident MacDonald im britischen Unterhause über die Verringerung und Aufschiebung des britischen Marine-Bauprogramms erklärte hier Präsident Hoover, daß der Bau dreier amerikanischer Kreuzer, der im Herbst beginnen sollte, solange aufgeschoben werden würde, bis eine Gelegenheit für die Erwägung des Einflusses des Baus dieser Kreuzer auf ein zu erwartendes Abkommen über britisch-amerikanische Marinegleichheit gegeben sei.

Der Präsident sicherte in seiner Antwort auf MacDonalds Erklärung, daß er Amerika im Herbst besuchen wollte, diesem einen guten Empfang zu. Das amerikanische Volk fühle sich durch den geplanten Besuch hoch geehrt, sagte Herr Hoover, und der britische Ministerpräsident würde eine freundliche Bewillkommnung finden.

500,000 englische Arbeiter streiken

London, England, 29. Juli. — Etwa 500,000 Baumwollarbeiter von Lancashire sind in Streik getreten und ungefähr 1800 Betriebe geschlossen. Die Arbeitgeber erklärten sich bereit, mit den Arbeitern zu verhandeln, die eine 12½ prozentige Lohnverminderung abgelehnt haben.

Zwei Mädchen von Canada nach U.S.A. geschmuggelt

Chicago. — Fünf Männer und Frauen wurden von amerikanischen Bundesbehörden in Verbindung mit der Einschmuggelung von zwei deutschen Mädchen nach den Ver. Staaten festgehalten, die zwei Chicagoer Männer heiraten sollten. Zwei Männer wurden in Grand Forks, N.D., festgenommen und drei andere hier, während die beiden deutschen Mädchen zu 30 Tage Haft verurteilt wurden im Zusammenhang mit einem Deportationsverfahren, das sich noch in der Schwebe befindet. Wie die deutschen Mädchen erklärten, wurden sie von Emil und Gustav Hobertz von Chicago, Ill., eingeschmuggelt und die Mädchen, Helleme Blaumann und Amalie Krueger, sollten Julius und Emil Eilenberg, zwei Brüder, heiraten.

China bereit zu Verhandlungen

Vermittlung anderer Mächte abgelehnt.

Russisch-chinesische Besprechung in Changchun

Schanghai. — Wang, der Außenminister der nationalistischen Regierung Chinas, bekonte in einer Unterredung mit Zeitungsleuten, daß China willens und bereit sei, mit der Räteregierung behufs Beilegung der Differenzen in Verbindung mit der chinesischen Ostbahn in Unterhandlung zu treten. Eine dritte Partei zur Vermittlung sei nicht notwendig.

Dr. Wang äußerte sich über den vermutlichen Ausgang der erwarteten Konferenz sehr optimistisch und er glaubt, daß es gelingen werde, dem Streit zwischen den beiden Ländern rasch zu schlichten. Er sagte am Schlusse der Unterredung:

„Wir warten jetzt auf die Erklärung Moskaus zu den gemachten Vorschlägen für die Unterhandlungen und auch auf die Benachrichtigung, wann die Konferenzen beginnen sollen.

„Ich wünsche die Lage in dieser Frage klarzulegen, um abfälligen, falschen Auffassungen entgegenzutreten, die aus der Flut der durch die ganze Welt zirkulierenden Gerüchte resultieren könnten. Augenblicklich hat es den Anschein, daß die Unterhandlungen in Moskau durchgeführt und den Streit bald schlichten werden.

Tokio. — Trotz des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und China hatten der russische Generalkonsul Melnikow von Harbin und Chang Tso-Hiang, die rechte Hand des Gouverneurs Chang Hsueh-Liang von der Mandschurei, eine unerwartete Besprechung in Changchun. Die Konferenz ist insofern bezeichnend, als sie gewissermaßen den Auftakt zu direkten Verhandlungen zwischen China und Rußland im Interesse einer friedlichen Schlichtung des Streits um die chinesische Ostbahn vorstellt.

Weitere Zusammenstöße.

Zusammenstöße zwischen russischen und chinesischen Patrouillen in Mandschuli an der nordwestlichen Grenze der Mandschurei wurden gemeldet. Russische Flieger erschienen über Mandschuli und die Chinesen eröffneten daraufhin Feuer. Japanische Einwohner rüsteten zur Flucht.

Moskau. — Sechzehn Zaristen wurden von Sowjetgeheimdienstbeamten in Khabarowsk, Sibirien, wegen einer Verschwörung bezüglich Zerstörung russischer Munitionsdepots und wegen der Grenzüberschreitung von der Mandschurei nach Sibirien hingerichtet. Die Ankündigung über die Hinrichtung besagt noch, daß die Zaristen im Osten seit den letzten sechs Wochen tätig gewesen seien und daß sie nach einer Reihe von Grenzüberschreitungen von der Mandschurei nach Sibirien gefangen genommen wurden.

Amerikanisch-deutsche Telegrammgrüße.

Anläßlich der Jungfernreise des Lloyddampfers „Bremen" sandte der amerikanische Botschafter in Berlin Dr. Schurmann folgendes Telegramm an den an Bord des Dampfers befindlichen Präsidenten des Norddeutschen Lloyd, Herrn Th. Heinken:

„Ich gratuliere Ihnen zu der glücklichen Ausfahrt der „Bremen" und sende meine besten Wünsche zur ersten Reise. Möge das große neue Schiff ein weiterer Anlauf sein, unsere beiden Nationen durch Handel und Verkehr und vor allem persönliche Berührung, gegenseitiges Verständnis und Anerkennung näherzubringen." Botschafter Schurman.

Als Antwort sandte Präsident Heinken folgendes Kabel:

„Nehmen Sie meinen herzlichsten Dank für Ihre freundlichen Wünsche entgegen, die ein erneuter Beweis der großen Freundschaft sind, die Sie bei der Taufe unserer „Europa" bewiesen haben. Ich glaube fest mit Ihnen, daß die Gefühle, die Sie in Ihrem Glückwunsch zum Ausdruck bringen, zur Festigung der Bande, die die beiden Länder vereinigen, beitragen werden."

Heinecken, Ziegenstein.

Rücktritt Poincares

Angeblich durch Gesundheitsrücksichten veranlaßt

Briand, bisheriger Außenminister, soll Poincare nachfolgen

Paris. — Poincare resignierte trotz der Appelle seiner Kollegen und hielt die Resignation weiter aufrecht. Nachdem Poincare sich nicht entschließen konnte, sich zur Annahme des innegehabten Amtes wieder bewegen zu lassen, unterbreitete das gesamte französische Kabinett dem Präsidenten Doumergue den Rücktritt.

Personen, die Poincare nahe stehen, äußerten, daß Poincare sich ein Drüsenleiden zugezogen habe infolge Arbeitsüberlastung unter Hinweis auf seine kürzliche drei Tage lange Rede in der Abgeordnetenkammer, wobei er nicht einmal zum Sitzen kam. Poincare wird Spezialisten konsultieren, die entscheiden werden, ob eine Operation notwendig sein wird oder nicht. Poincare hat bisjetzt noch ganz guten Appetit und empfängt auch noch Besucher.

Aristide Briand, der bisherige Außenminister Frankreichs, hat nach einer Konferenz mit dem Präsidenten Doumergue die Bildung des neuen Kabinetts übernommen. Er wolle, so bemerkte er, die Arbeit auf der internationalen Konferenz zur Regelung der Reparationsfrage und der Rheinlandräumung nach den von Poincare festgelegten Grundlinien fortführen. Die Konferenz wird nach den letzten Mitteilungen im Haag (Holland) stattfinden.

Briand rechnet anscheinend bei der Politik seines Kabinetts auf die Unterstützung der radikalen Gruppen in der französischen Kammer. Inwieweit er die Opposition der Linken tatsächlich überwinden kann, wird sich erst in der Kammer selbst zeigen müssen. Das neue Kabinett wird im allgemeinen ungefähr dasselbe sein wie das Poincares, soweit die Besetzung der Ministerposten in Betracht kommt, nur wird Briand an die Stelle Poincares treten.

In politischen Kreisen glaubt man, daß der Hinweis auf den Gesundheitszustand Poincares nur ein Vorwand ist, während in Wirklichkeit die immer stärker werdende innerpolitische Opposition gegen seine bisherige Politik, die wachsenden Schwierigkeiten infolge einer Neuorientierung der britischen Außenpolitik und die heiklen Probleme der Rheinland- und Saar- zwang Poincare zum Rücktritt bewogen haben.

Mord und Selbstmord bei Amulet

Amulet, Sask., 26. Juli. — Der 62 jährige Sam Fulton, ein Pionierfarmer, erschoß seine 61 jährige Frau im Schlafe und beging dann Selbstmord, indem er sich in einen 32 Fuß tiefen Brunnen auf seiner Farm stürzte. Seine Farm liegt zwei Meilen nördlich von hier. Man nimmt an, daß finanzielle Sorgen die Ursache des Verbrechens waren.

Starke Bevölkerungszunahme in Polen

Warschau. — Nach der soeben veröffentlichten Statistik der Regierung hat sich die Bevölkerung Polens in den letzten zehn Jahren um mehr als vier Millionen vermehrt. — Bei der letzten Volkszählung im Jahre 1919 betrug die Bevölkerungszahl 26,282,290, und in diesem Jahre weist der Zensus eine Bevölkerung von 30,400,247 auf.

Revision der britischen Politik in Aegypten

Arbeiterregierung will angeblich dem unterdrückten Lande größere innere Bewegungsfreiheit einräumen

London. — Im Unterhause erklärte nach den Ausführungen von Ministerpräsident MacDonald der Außensekretär Arthur Henderson, daß Lord Lloyd, der Oberkommissär von Aegypten, sein Rücktrittsgesuch eingereicht hätte, und daß die Regierung es bewilligt hätte. Gründe für das Gesuch wurden nicht erwähnt.

Die Erklärung kam im Unterhause als eine vollkommene Ueberraschung und erregte unter den Mitgliedern erhebliches Aufsehen.

Während der Debatte im Oberhause über den Rücktritt von Lord Lloyd von seinem Posten als Oberkommissar von Aegypten, deutete Lord Parmoor, der Wortführer der Regierung an, daß Aenderungen in Bezug auf Aegyptens innere Angelegenheiten vorgenommen worden seien, die „sehr wichtig werden könnten".

Außerdem hat der Vorsitzende des Rates, Lord Parmoor, die Absicht der Regierung enthüllt, Aegypten ein größeres Maß von Selbstregierung zu geben.

Das Verhältnis zwischen Großbritannien und Aegypten ist seit langem ein Stein des Anstoßes gewesen, und ein großer Teil der Aegypter tritt für völlige Unabhängigkeit ein.

Lord Parmoor deutete an, daß Großbritannien seine Haltung zu der ägyptischen Außenpolitik nicht ändern würde, daß die Arbeiterregierung aber wünsche, den Lande in seinen inneren Angelegenheiten größere Bewegungsfreiheit zu geben.